Dieses Blatt wird den Lesern von Dresden und Umgebung am Tage vorher bereits als **Abend-Ausgabe** zugestellt, während es die Post-Abonnenten am Morgen in einer Gesamtausgabe erhalten.

53. Jahrgang. № 64. Freitag, 5. März 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2.50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3.50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 40 Pf. — Im Anzeigenteil vom Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

August Förster Flügel Pianinos Harmoniums

Fabrikate ersten Ranges. **August Förster** Königl. Hofpianofortefabrik Filiale: Dresden-A., Central-Theater-Passage.

Für eilige Leser.

Die Finanzkommission des Reichstages hat den Kompromißantrag angenommen. Die Vertreter der Blockparteien erklärten ihre Zustimmung vorbehaltlich weiterer Stellungnahme in der zweiten Lesung; der ernste Wille zu einer Verständigung unter den Blockparteien ist also vorhanden.

Das Befinden Matkowskys hat sich derart verschlimmert, daß mit der Möglichkeit des Ablebens gerechnet werden muß.

In Gleiwitz wurde der Tapezierergehilfe Galetzka heute morgen hingerichtet.

Aus ganz Galizien werden heftige Schneestürme gemeldet.

Die Proklamierung des serbischen Kronprinzen zum König soll unmittelbar bevorstehen.

Die persischen Wirren nähern sich der Krisis; die Entscheidung wird in den nächsten Tagen erwartet.

Neueste Drahtmeldungen vom 4. März.

Der Kompromißantrag unter Vorbehalt angenommen.

Berlin. (Von unserem eigenen Berichterstatter.) Nachdem die Freisinnige Fraktionsgemeinschaft noch in letzter Stunde dem Kompromißvorschlage für die erste Lesung zugestimmt hat, ist die Bahn frei für eine Verständigung zunächst über die indirekten Steuern. Man glaubt, daß der Kompromißvorschlag noch durch eine glücklichere Formel ersetzt werden wird, die die Bedenken zerstreut, die nach wie vor unter den Blockparteien gegen das Kompromiß bestehen. Insbesondere hofft man den Betrag von 100 Millionen, der durch die Bundesstaaten mittelst Besitzsteuer aufzubringen sein würde, mittelst indirekter Ersatzsteuer auf den Besitz etwas ändern zu können. Jedenfalls zeigt das jetzige, wenn auch nicht vollbefriedigende Ergebnis, daß der ernste Wille zu einer Verständigung unter den Blockparteien vorhanden ist.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nachdem gestern abend die linksliberale Fraktionsgemeinschaft, wenn auch unter Vorbehalt, auf den Boden des Kompromisses getreten ist, nahm heute die Finanzkommission den inhaltlich bereits bekannten Kompromißantrag mit Blockmehrheit an. Die Vertreter der Rechten stellten fest, daß der Antrag natürlich eine Reihe Bestimmungen enthalte, denen sie nur mit schwerem Herzen zugestimmt hätten. Abg. Dr. Wiemer gab für die freisinnige Fraktionsgemeinschaft folgende Erklärung ab: Nach Ablehnung der Nachlaßsteuer und der Reichsvermögenssteuer sehen wir den jetzt vorgeschlagenen Antrag, nach dem die Bundesstaaten für die Zwecke des Reiches eine Abgabe durch Besteuerung des Besitzes aufzubringen haben, als eine Grundlage für weitere Verhandlungen an und erklären uns bereit, zu diesem Zweck diesen Entwurf in der ersten Lesung der Kommission unter dem ausdrücklichen Vorbehalt unserer späteren Entschließung vorläufig anzunehmen. Wir behalten uns vor, auf Nachlaßsteuer und Vermögenssteuer zurückzukommen. Wir erkennen die Gründe, die für ihre Ablehnung vorgebracht worden sind, nicht als berechtigt an. Mit allen Einzelheiten des Kompromißantrages sind wir nicht einverstanden. Wir stellen die strittige Frage einstweilen zurück, bis zu übersehen sein wird, wie sich diese Steuer in den Rahmen des Ganzen einfügt. Die Auffassung der „Liberalen Korrespondenz" ist weder für die Fraktionsgemeinschaft noch für eine einzelne Partei innerhalb derselben maßgebend. Auch die Wortführer der Nationalliberalen und Wirtschaftlichen Vereinigung gaben mit Vorbehalt die Erklärung ab, daß sie dem Kompromißantrag zustimmen. Der Schatzsekretär erklärte, er sei nicht in der Lage, Stellung zu dem Antrag zu nehmen, da ein Beschluß des Bundesrates nicht vorliege. Der Bundesrat pflege aus guten Gründen einen Beschluß abzuwarten. Die gleiche Erklärung gab der Vertreter Bayerns ab. Ein zweiter Vertreter der Freisinnigen erläuterte den Kompromißantrag in einer wesentlichen Bestimmung. Er legte dar, daß von einer Bindung des Budgetrechtes nicht die Rede sein könnte, weil die Matrikularbeiträge ja uneingeschränkt aufrechterhalten blieben. Die Beseitigung der Bestimmungen, wonach die Einzelstaaten den Besitz heranzuziehen haben und damit die Gewähr für die Abwälzung auf die leistungsfähigen Schultern geben, würde den Kompromißantrag unannehmbar machen. Die Freisinnigen würden in der zweiten Lesung an eine Verbesserung der Basis durch Erhöhung der Mindestsätze bei den Einkommen herantreten. Schon jetzt würden 95 Prozent der Einkommensteuerzensiten in Preußen befreit sein, sowie 48 Prozent der Vermögenssteuerzensiten. Im übrigen behielten sie sich ihre Stellungnahme gegenüber der Erbschaftsbesteuerung, den indirekten Steuern, sowie gegenüber den Einzelheiten des Kompromißantrages selbst vor. Ein Vertreter des Zentrums erklärte, der Kompromißantrag sei für ihn und seine Freunde unannehmbar. — Morgen vormittag beginnt in der Kommission die Beratung der Tabaksteuer. Die neue Branntweinsteuervorlage der Regierung kommt heute abend zur Verteilung.

Plauen i. V. Sozialdemokratische Blätter hatten behauptet, Professor Ad. Wagner habe in der Versammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer nicht den Mut gehabt, gegen die die Nachlaßsteuer verwerfende Resolution zu stimmen. Demgegenüber veröffentlicht der konservative „Vogtl. Anz." eine Erklärung Wagners, in der es heißt: „Ich bin niemals Mitglied des Vereins der Steuer- und Wirtschaftsreformer gewesen. Auch in der letzten Versammlung war ich nicht eigentlicher Teilnehmer, sondern lediglich Gast, der vorher gebeten hatte, zur Frage der Nachlaßsteuer das Wort zu erhalten. So hatte ich weder die Pflicht noch das Recht, über die Resolution der Versammlung mitzustimmen. Ich habe das auch nicht getan. Mag sein, daß mein Nichtstimmen als ein Zustimmen angesehen wurde. Ausdrücklich ostentativ dagegen zu stimmen, hatte ich nicht Anlaß und nicht Recht."

Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die verstärkte Budgetkommission beriet heute noch einmal über die Vorlage über den Wohnungsgeldzuschuß und beschloß mit 15 gegen 13 Stimmen die Aufrechterhaltung des Kommissionsbeschlusses vom 22. Februar mit der Maßgabe, daß die 48 Orte, die nach den Kommissionsbeschlüssen noch deklassiert geblieben waren, in die Ortsklassen eingereiht werden, die ihrer bisherigen Stellung in der Servisklasseneinteilung entspricht, und daß der Zeitpunkt für die nächste Revision des Ortsklassenverzeichnisses auf den 1. April 1910 bestimmt werde. Die Differenzierung zwischen den verheirateten und unverheirateten Beamten bleibt damit aufrecht erhalten. Der Finanzminister hatte sich gegen den Beschluß erklärt, der für Preußen einen Mehrbedarf von 2 700 000 Mk., für das Reich einen solchen von 3 600 000 Mk. bedeute. Die Regierung könnte nach seiner Ansicht nur zustimmen, wenn die Zuschläge nur 33⅓ Prozent betragen bei Wegfall der Differenzierung, oder 35 Prozent für die höheren Beamten und 40 Prozent bei den mittleren, unter Aufrechterhaltung der Differenzierung. Das Staatsministerium werde zum Kommissionsbeschluß bis zur nächsten Sitzung am Sonnabend Stellung nehmen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die verstärkte Justizkommission erledigte die Vorlage betreffend die Haftung des Staates und der kommunalen Verbände für die Beamten. Im wesentlichen wurde die Regierungsvorlage angenommen. Abgeändert wurde die Bestimmung, wonach die Schulverbände für ihre Lehrer unbeschränkt haften. Es soll vielmehr der Staat den leistungsschwachen Gemeinden für die Beträge Ersatz leisten, die sie auf Grund von Verfehlungen der Lehrer an Dritte zahlen müssen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Kommission zur Vorberatung der Berggesetznovelle beschäftigte sich heute mit der Frage der Arbeiterausschüsse und der Bestellung von Sicherheitsmännern. Der Minister erklärte, in England, Frankreich und Belgien bestehe das Institut der Arbeiterkontrolleure. In allen drei Ländern sei es in verschiedener Weise ausgebildet. Freiwillig eingeführt sei es in Sachsen, in Vorbereitung in Bayern und Oesterreich. Für die preußischen Verhältnisse sei es notwendig, die Sicherheitsmänner aus der Steigerabteilung zu wählen, weil der Arbeiter den Unfallverhütungsdienst am besten ausführen könne, der die Gefahren am besten kenne. Geplant sei, daß der Sicherheitsmann mit einem Vertrauensmann des Grubenleiters einfahre, regelmäßig werde allerdings der Revierbeamte diese begleiten. Dadurch werde Gelegenheit gegeben, etwaige Bemängelung des Sicherheitsmannes sofort an Ort und Stelle aufzuklären und Abhilfe zu schaffen. In Preußen sei der staatliche Aufsichtsdienst über die Gruben am meisten ausgebildet. Außerdem existiere in Preußen im Gegensatz zu anderen Ländern noch die Einrichtung der Einfahrer. Dadurch würde ein hohes Maß des Sicherheitsdienstes gewährleistet. Der Sicherheitsmann habe sich im Saar-Revier im allgemeinen bewährt. Seine Tätigkeit werde in erster Linie dazu beitragen, Beunruhigungen zu vermindern, andere zu belehren und aufzuklären. Dem Gesetzentwurfe wurde im wesentlichen zugestimmt, nur die Sozialdemokraten beanstandeten ihn. Zu einer Beschlußfassung kam es noch nicht.

Zum österreichisch-serbischen Konflikt.

Wien. (Priv.-Tel.) Die Situation wird heute allgemein viel friedlicher aufgefaßt. Serbien hat einen gedeckten Rückzug angetreten. Der vorgestrige Beschluß des Ministerrates bedeutet ein offizielles Einlenken in die Friedensbahn, nur will Serbien nicht ganz nachgeben, bevor es nicht mit Hilfe des russischen Einflusses Klarheit über die Konzessionen Oesterreichs gewonnen hat.

Wien. Fürst Ferdinand ist gestern abend nach Sofia abgereist.

Paris. (Priv.-Tel.) Iswolski erklärte einem Korrespondenten des „Matin", es sei jetzt wahrscheinlich, daß sich

Reisewitzer Biere erhielten zur Deutschen Kochkunst-Ausstellung Dresden 1909 Goldene Medaille und Ehrenpreis.

Kunst und Wissenschaft.

†* **Mitteilung aus dem Bureau der Königl. Hoftheater.** Infolge eingetretener Hoftrauer muß die für Sonnabend, den 6. März, auf Allerhöchsten Befehl angesetzte Vorstellung des „Prinzen Friedrich von Homburg" auf später verschoben werden. Es gehen dafür „Wallensteins Lager" und „Die Piccolomini" in Szene. Anfang 7 Uhr. — Herr Hermann John vom Bürgertheater in Wien hat seit Beginn seines Gastspiels am Königl. Schauspielhaus an einer starken Erkältung zu leiden. Er sieht sich infolgedessen genötigt, sein für Sonntag, den 7. März, in Aussicht genommenes 3. Gastspiel als Bratt abzusagen.

†* **Graf Seebach über ein Reichstheatergesetz.** Dem „B. T." wird von seinem Dresdner Korrespondenten eine Unterredung mit dem Generalintendanten der hiesigen Hoftheater, Grafen Seebach, mitgeteilt, in der sich letzterer über das zu schaffende Reichstheatergesetz ausläßt. Ich hatte Gelegenheit, so schreibt der Korrespondent, mich mit dem Grafen Seebach über das Problem des Reichstheatergesetzes zu unterhalten. Graf Seebach ist, wie der Bühnenverein, kein Gegner eines Reichstheatergesetzes, denkt aber kühl über dessen Erfolg. Die Kunst läßt sich nicht in Paragraphen fassen; nicht einmal unter allen Umständen in ihren wirtschaftlichen Beziehungen. Auch Graf Seebach wünscht zunächst eingehende Erhebungen. Natürlich nicht nur bei den Herren vom grünen Tisch, sondern erfahrene Bühnenleiter und Bühnenkünstler sollen vor allem befragt werden. Schwierigkeiten wird es schon geben, sobald man feststellen will, welche Ausdehnung dem Gesetz gegeben werden soll. Verlangt wird eine Regelung der Arbeitszeit mit Mindestruhezeit, Schutz gegen Gefährdung von Leben und Gesundheit im Bühnenbetrieb, Hygiene im Bühnenhaus, Regelung der Strafen, der Kostümfrage, der Krankenunterstützung, des Urlaubs, überhaupt der Kontrakte nach einheitlichen Grundsätzen; vor allem gleiches Kündigungsrecht. Graf Seebach wies darauf hin, daß an großen Theatern einzelne dieser Fragen bereits auf dem Wege des Wohlwollens und der humanen Auslegung gültiger Bestimmungen gelöst seien. So vielfach die heikle Kostümfrage, die Urlaubs- und Arbeitszeiten; auch hygienisch seien große Theater meistens so einwandfrei, wie es sich bei den besonderen Verhältnissen des Bühnenbetriebes ermöglichen lasse. Ein Reichstheatergesetz reiche in dieser Hinsicht vielleicht kaum an das heran, was von jenen Theatern schon freiwillig geboten werde. Immerhin hält Graf Seebach eine reichsgesetzliche Regelung bestimmter Fragen nicht nur für möglich, sondern auch vielen Bühnen gegenüber für einen Fortschritt. Bedenklich erscheint ihm das gleiche Kündigungsrecht; auch im Interesse der Kunst. Ein Bühnenleiter zieht ein vielversprechendes Talent aus der Verborgenheit an das Licht. Er schleift es unter Mühen und Geldopfern jahrelang, bis es in hellem Glanze strahlt. Soll eine Bühne nicht die Möglichkeit haben, sich wenigstens noch eine Zeitlang des Künstlers zu erfreuen, den sie erzogen hat; soll es dem Künstler möglich sein, ihr mit Hilfe eines kurzen Kontraktes den Rücken zu kehren, sobald er sich seines Wertes bewußt ist? — Graf Seebach fürchtet, daß die Heranziehung und Ausbildung junger Talente und damit die Entwicklung der Bühnenkunst selbst leiden, wenn man der Opfer bringenden Bühne jene Möglichkeit nimmt. Ihm erscheint es aber auch billig, daß man den Bühnen das Recht läßt, Mitglieder, die den Ansprüchen nicht genügen, nach kurzer Zeit wieder zu entlassen. Aus diesem Zwiespalt der Interessen einen für Theaterleiter und Künstler gleich annehmbaren Weg zu finden, wird besonders schwer sein.

†* Im Befinden des **Hofschauspielers Matkowsky**, der in einem Sanatorium bei Berlin weilt, ist, wie uns aus Berlin telegraphiert wird, eine derartige Verschlimmerung eingetreten, daß mit der Möglichkeit des Ablebens gerechnet werden muß.

†* **Königl. Opernhaus.** Nach längerer Zeit ging gestern in Neueinstudierung der „Troubadour" in Szene. Im allgemeinen steht über den Aufführungen dieser Oper kein günstiger Stern; an vielen, ja fast an den meisten Bühnen ist er nur die beliebte Einwurfsoper bei irgendeiner Absage; die verhältnismäßig geringen szenischen Ansprüche, die ohrenfälligen Melodien lassen ihn dazu im Regiekollegium und beim Publikum besonders geeignet erscheinen. Darum kann man wirklich gute Troubadour-Aufführungen mit der Laterne suchen. Die gestrige Vorstellung versprach anfänglich eine Ausnahme von der allgemeinen Regel zu machen, d. h. nach der gründlichen Vorbereitung und Neueinstudierung hatte man auf eine in allen Teilen gleichwertige Aufführung hoffen können. Hatte man doch dieserhalb die Oper um zwei Tage verschoben! Aber der unheilschwangere Stern, der nun einmal vom „Troubadour" unzertrennlich zu sein scheint, warf auch auf die gestrige Aufführung und paar neidisch flimmernde und den reinen Genuß störende Strahlen. Und in der zum Teil so harmonisch und feinkünstlerisch abgestimmten Umgebung merkte man das Störende solcher Einwirkungen um so mehr. Daß ein in jeder Beziehung sorgfältig eingespieltes Ensemble fühlbar darunter leiden muß, wenn gleich zwei Gäste aushelfen, ist selbstverständlich; auch wenn sie nicht die Träger der beiden männlichen Hauptpartien gewesen wären. Man hatte Herrn Sembachs wegen die Aufführung vom Montag auf Mittwoch verschoben. Doch leider umsonst. Man mußte sich noch in elfter Stunde nach einem Gast umsehen und fand den hilfsbereiten und wohlgemuten Sänger in Herrn Urlus vom Stadttheater zu Leipzig. Der Künstler verdient nicht nur für sein wackeres Einspringen, sondern namentlich auch für den Anstand, mit dem er sich aus der Affäre zog, alle Anerkennung. Seine zuverlässige gesangliche und musikalische Beherrschung der Partie ließ es nirgends zu größeren Schwankungen und Unsicherheiten kommen. Die sogenannte Stretta, die Herr Urlus in der an Stadttheatern üblichen Weise um einen halben Ton transponiert sang, mußte er wiederholen. Der zweite Gast des Abends war Herr Koennecke, der den Grafen Luna gab. Eifrig war man bestrebt gewesen, die Oeffentlichkeit für den jungen Sänger zu interessieren. Vielleicht hätte man es besser unterlassen. Denn wozu alle Erwartungen anspannen, wenn der Erfolg hinter dem gesteckten Ziel zurückbleiben muß? Herr Koennecke bringt eine sympathische Bühnenerscheinung mit und besitzt einen schöngefärbten vollen Baritonklang in seiner Stimme. Die Schulung des Organs scheint noch nicht abgeschlossen; bemerkenswert ist der sorgfältige Ausgleich der einzelnen Lagen, der es dem Sänger ermöglicht, auch in der Höhe volle und runde Töne geben zu können. Diesen Vorzügen stehen aber unver-